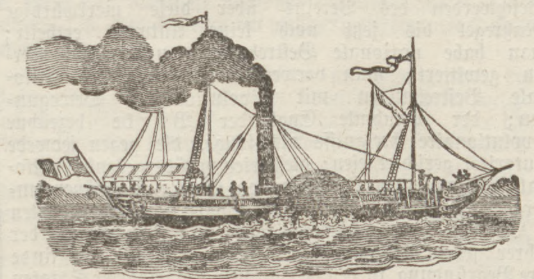
Danziger Dampfboot.

№ 112. Donnerstag, den 16. Mai. 1861. 31ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Inserate, pro Spaltzeile 9 Pfge., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.



Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr.
Hiesige können auch monatlich mit 10 Sgr. abonniren.

Telegraphische Depeschen.

[Wolffs Telegraphisches Bureau.]

Wien, Dienstag, 14. Mai.

Die Antwort des Kaisers auf die Adresse des Unterhauses sagt unter anderem: Die in der Adresse ausgesprochene patriotische Gesinnung lebt, ich bin es überzeugt, in den Herzen der Bevölkerung aller meiner Königreiche und Länder. Wo solche Gefühle die Bevölkerungen durchdringen, kann eine ruhige Verständigung ihrer Vertreter nicht ausbleiben. Darum vertraue ich zuversichtlich auf den glücklichen Erfolg ihres Wirkens.

Paris, Mittwoch 15. Mai, Morgens.

Der Senat hat gestern auf den Wunsch Billault's die Diskussion über die syrische Angelegenheit auf heute vertagt. Gestern ist die Diskussion sehr lebhaft gewesen. — Aus Toulon wird gemeldet, daß das ganze Geschwader nach Toulon zurückberufen und der Befehl ertheilt worden sei, dasselbe solle sich mit sämmtlichen Dampf-Transportschiffen zum 20 d. M. segelfertig machen.

Paris, Mittwoch 15. Mai.

Ueber Marseille hier eingetroffene Nachrichten aus Konstantinopel vom 8. d. melden, daß die dortigen Finanzzustände fortdauernd schlecht seien und die Bewegung zunehme.

London, Mittwoch 15. Mai.

Eine königliche Proclamation befiehlt den Unterthanen die Beobachtung der Neutralität in dem amerikanischen Konflikt und Nichttheilnahme am Kriege; im entgegengesetzten Falle würde die englische Regierung denselben keinen Schutz gewähren.

Paris, 14. Mai.

General Montauban ist aus China abgereist, um nach Frankreich zurückzukehren.

— Dem Vernehmen nach würden Frankreich und England Vorstellungen an Rußland machen in Betreff einer Milderung in der Situation Polens.

— General Goyon hat in Folge der Abreise Franz des Zweiten und seiner Gemahlin nach Albano die dortige Garnison verstärkt. Die „Patrie“ bestätigt die Nachricht, daß man beabsichtigt, Rovigo und Padua zu befestigen.

Moralische Eroberungen.

Noch immer ist es die Angelegenheit des Polizei-Obersten von Berlin, welche die Gemüther erregt und sie in Spannung versetzt; noch immer nimmt dieselbe einen bedeutenden Raum der Zeitungsnachrichten in Anspruch; noch immer ist Patzke in aller Leute Mund. Wie man aus Berlin schreibt, ist die Bevölkerung daselbst in einer wahrhaft fieberhaften Aufregung wegen der fatalen Geschichte, während sich die Gerüchte jagen. Es sollte nicht nur der Polizei-Präsident, sondern auch der Minister des Innern seine Entlassung genommen haben, und sogar das ganze Ministerium zurückgetreten sein; einige hochstehende Beamte hätten Gift genommen, mehrere andere die Flucht ergriffen und von den zurückgebliebenen sei eine ganze Schaar verhaftet worden. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei außergewöhnlichen Vorfällen und in Zeiten großer Erregung die Phantasie übertrieben thätig ist und aus den kleinsten Andeutungen lange Geschichten spinnt. Um so mehr aber ist es nöthig, in solchen Zeiten die Gerüchte mit Vorsicht aufzunehmen und ihrer unnützen Verbreitung entgegen zu treten, damit die Gemüther nicht ohne Ursache verwirrt werden; auch erfordert es das allgemeine Interesse, daß einem Vorfall, wie traurig und beklagenswerth er auch sein möge, keine größere Bedeutung beigelegt werde, als er wirklich hat. Jeder Mensch, in dem das Sittlichkeitsgefühl nicht ganz erstorben ist, wird vor den Verbrechen, deren Patzke beschuldigt ist, Abscheu empfinden und seine von vielen für unmöglich gehaltene betrügerische Wirthschaft als ein höchst trauriges Zeichen der Zeit erkennen; wer aber ist berechtigt, das Treiben eines Einzelnen, obgleich derselbe Polizei-Oberst von Berlin gewesen, einem ganzen Volk zur Last zu legen und zu behaupten, ganz Preußen sei durch den Polizei-Scandal compromittirt! — War denn die Stellung des Herrn Patzke so hervorragender Art, daß in seiner Hand das Geschick des preußischen Staates gelegen? — Das wird kein Mensch zu behaupten wagen. Vielmehr wird von jedem Verständigen anerkannt werden, daß dieselbe bei allem Hochmuth und Stolz, welche der Mann bewies, eine sehr untergeordnete im Staatsorganismus war. Wer aber ist denn Patzke selbst? — Wie man aus seiner jetzt bekannt gewordenen Biographie weiß, war er einstmal ein versorgungsberechtigter Unteroffizier, aus Schwetz oder Schönlanke (worüber sich die Gelehrten noch streiten) gebürtig. — Im Jahre 1848 trat er in die Reihen der Constabler oder Schutzmänner, die der Minister Kühlwetter, nicht Camphausen, in's Leben gerufen. Bekanntlich trugen die Berliner Constabler in ihrer frühesten Periode nur einen Filzhut auf dem Kopf und in der größten Bescheidenheit einen Säbel an der Seite, so daß sie sich von der Bürgerwehr wenig unterschieden. Herr v. Hinckeldey erhob die harmlosen Säbel- und Filzhutträger zu einem militärischen Institut. Nun gewann Patzke Oberwasser, zumal Herr v. Hinckeldey bald in Patzke den Mann erkannte, der für seine Zwecke geschaffen zu sein schien, und so geschah es bald, daß Patzke, der aus dem Meyer Hirsch keine Aufgaben der Gleichungen zu lösen verstand, bald ein wahrer Meister der Auflösung ward; denn jede Versammlung in Berlin, sie mochte politisch oder unpolitisch sein, verstand er auf Befehl des Herrn v. Hinckeldey aufzulösen. Bei dieser Fertigkeit avancirte er 1850 zum Hauptmann, wurde 1853 Oberst, ergriff aber in dem Monat Mai des Jahres 1861 die Flucht, wurde steckbrieflich verfolgt, eingefangen und ins Gefängniß gesteckt. Wir fragen: Wie kann man dem Verbrechen eines solchen Menschen irgend welche Bedeutung in Bezug auf unser nationales und staatliches Leben beilegen? — Gemeine Verbrecher hat es zu allen Zeiten gegeben, und es wird auch in Zukunft nicht an solchen fehlen; doch keineswegs wird und kann der Eine oder Andere dieser Sorte einen Maßstab für die Beurtheilung eines Volks-Charakters abgeben. Unter keiner Bedingung aber darf Patzke zu dem Kern des preußischen Beamtenstandes gezählt werden. Dieser besteht aus Männern, die ihre Weihe im Heiligthum der Wissenschaft empfangen und so die Kraft der tiefsten Sittlichkeit, welche die wahre Wissenschaft ihren Jüngern gewährt, in sich tragen. Wir wollen uns durchaus nicht selbst aufgeben, noch viel weniger wird Preußen seine Mission, moralische Eroberungen in Deutschland zu machen, fallen lassen, weil ein so unbedeutender Mensch, wie Patzke, Unterschleife gemacht. Indem das Ausland bei diesem Vorfall zu erkennen Gelegenheit findet, daß in Preußen vor dem Gesetz kein Ansehen der Person gilt und der Schuldige nach Gebühr seine Strafe empfängt, wird die Achtung desselben vor unsern Institutionen nur steigen, und Preußen wird fortfahren, moralische Eroberungen zu machen.

Landtags - Angelegenheit.

Abgeordnetenhaus.

50ste Sitzung, am 14. Mai.

Präsident Simson eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. — Am Ministertische: v. Patow, Graf Schwerin und einige Regierungs-Kommissare.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Kommissionsbericht über die Uebereinkunft wegen der Zuckersteuern. — Die Uebereinkunft wird in ihren einzelnen Paragraphen und im Ganzen ohne Diskussion angenommen.

Abg. v. Vincke beantragt noch folgende Resolution: „Die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung auf verhältnißmäßige Gleichstellung der Besteuerung des Zuckers aus Rüben mit der Verzollung des ausländischen Rohrzuckers Bedacht nehmen werde“ — und begründet dieselbe damit, daß der richtige Grundsatz festgehalten werden müsse, beiden Zuckerindustrieen gleiches Licht und gleichen Schatten zu gewähren; für den Augenblick wolle er keine Veränderung; nur die Möglichkeit veränderter Umstände habe seine Resolution im Auge. — Abg. Jacob beantragt zu sagen: „fortwährend Bedacht nehmen werde“. — Die Resolution wird mit dem Jacobschen Amendement angenommen. — (Die Minister v. Bethmann-Hollweg und Graf Pückler sind eingetreten.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung folgt die Berathung des Budgetsbericht über den Etat des Kultusministeriums. — Den auf Erklärung der Erwartung auf baldige Ausführung der kirchlichen Gemeindeordnung in den sechs östlichen Provinzen „in Verbindung mit dem Oberkirchenrathe“ gerichteten Antrage der Kommission befürwortet Abg. Techow. Der Antrag hänge zusammen mit der Ausführung des Art. 15 der Verfassung; die darin verheißene Selbstständigkeit der Kirche sei noch nicht ausgeführt, wie selbst der Kultusminister anerkannt habe; die Resolution solle an eine größere Beschleunigung in der Ausführung des citirten Verfassungs-Artikels mahnen. Vor zwei Jahren habe schon eine Petition von Jonas und Genossen eine Landessynode gewünscht; man sei leider nicht den Weg gegangen und man müsse nun nach Baden als einem Muster blicken. Dort habe der Fürst eine Synode berufen, die eine anerkannt musterhaft evangelische Kirchenverfassung zu Stande gebracht.

Kultusminister v. Bethmann-Hollweg: Er habe keinen Grund, der Resolution an sich entgegenzutreten, und er habe auch schon früher mitgetheilt, daß die Kreissynoden in der Bildung begriffen seien. Was das Ziel und die Mittel betreffe, darüber sei hier nicht der Ort sich auszusprechen (Bravo); hier handle es sich nur um die finanzielle Seite der Angelegenheit, um den Etat des Ober-Kirchenraths.

Abg. Wagener legt für sich und seine Freunde Verwahrung dagegen ein, daß dies Haus in dieser Sache Beschlüsse mit rechtlicher Wirkung fassen dürfe; das sei eine innere Frage der evangelischen Kirche.

Abg. Schulze (Berlin): Es handle sich nicht darum, hier irgendwie in den Organismus der evangelischen oder irgend einer anderen Kirche einzugreifen, nicht um die Art und Weise einer solchen Organisation, sondern darum, ob die evangelische Kirche, die durch die Verfassung gewährte Selbstständigkeit erhalten solle; wenn diese erst gewährt sein werde, könne man die Art der Ausführung getrost der Kirche allein überlassen. — Abg. v. Vincke: Das Haus sei durchaus nicht kompetent, in diese Sache einzugreifen. Fragen, wie die nach einem bestimmten Liederbuche und der Stellung des Oberkirchenraths, berührten offenbar res internae der Kirche. Art. 15 der Verfassung sage nichts über die Organisation der Kirche, sondern bestimme nur negativ, daß die Kirche unabhängig vom Staate sein solle. Ob sie im Innern selbstständig sei, darüber könne im Hause nicht gestritten werden. Der Kultusminister sei als Staatsminister verantwortlich; einen verantwortlichen Minister für kirchliche Angelegenheiten gäbe es nicht; in dieser Beziehung hätte man nur mit dem König als praecipuum membrum der

Kirche, oder wie man ihn sonst nennen wolle, zu thun. Faktisch sei die Kirche vom Staate unabhängig. Der Inhalt der Resolution berühre res internae der evangelischen Kirche, und sein Inneres kehre sich um, wenn er bedenke, daß katholische und israelitische Mitglieder etwa über den geistigen Inhalt der Reformation und über ähnliche Fragen mit abstimmen sollten. (Bravo.)

Abg. Fubel: Eine absolute Trennung von Staat und Kirche werde nie möglich sein, sie möge auf dem Papiere stehen, so deutlich sie wolle; es müsse aber eine gesetzliche Scheidung existiren. Das Rechtsverhältniß müsse gesetzlich festgestellt werden. Die Motive der Resolution seien einzig und allein in den staatlichen Rechtsverhältnissen zur evangelischen Kirche zu suchen; von diesem Standpunkte aus sei er mit der Resolution einverstanden. — Bei der Abstimmung wird die prinzipale Resolution der Kommission abgelehnt.

Zu dem Titel, betreffend den öffentlichen Unterricht ꝛc., spricht der Abg. Reichensperger (Geldern) Wünsche für Verminderung des Unterrichts im Griechischen aus; man mache Anforderungen an die Jugend, welchen ihr intellektuelles Vermögen nicht gewachsen sei, und schrecke mit Unrecht Viele, die keine Staatscarriere zu machen beabsichtigen, von dem Besuch der Gymnasien ab. Auch die physische Entwickelung der Jugend werde dadurch beeinträchtigt. — Abg. Eckstein: Mit tiefem Schmerz und wahrhafter Betrübniß habe er die Aeußerungen des Abg. Reichensperger vernommen: daß man an die Jugend die Forderungen der Mittelmäßigkeit stellen solle zu Gunsten der physischen Ausbildung. Die preußische und die deutsche Jugend solle nicht mehr die platonischen Dialoge lesen, man solle ihnen nicht mehr Socrates als Muster hinstellen, sie solle nicht die Demosthenesschen Reden lesen, aus denen einst die Jugend in den Krisen des Vaterlandes Muth und Kraft gesogen hätte!

Bei Tit. 6. Universitäten ergreift Dr. Herrmann das Wort, um auf den Uebelstand aufmerksam zu machen, daß die Universität Berlin kein chemisches Laboratorium besitze; dies sei bereits sprichwörtlich geworden; man beschäftige sich zwar jetzt nicht mehr mit der Kunst, Gold zu machen und den Stein der Weisen zu suchen, obwohl dies für Preußen jetzt ein sehr einträgliches Geschäft sein würde (Heiterkeit), allein die Chemie lasse sich nur durch die Praxis erlernen, auch wenn man besondere chemische Regulative erfinden sollte.

Kultusminister: Er erkenne den hohen Werth der Chemie an, und größere Anstalten dafür hervorzurufen, sei eine wichtige Aufgabe der Unterrichtsverwaltung; bei der Jubelfeier der hiesigen Universität sei er zweifelhaft gewesen, welches Bedürfniß dringender sei, die Herstellung eines chemischen Laboratoriums oder einer Anatomie; er habe sich für die letztere entscheiden zu müssen geglaubt. Indessen sei wohl die Zeit nicht mehr fern, wo er sich auch für die Anlage eines Liebigschen Laboratoriums entscheiden werde, und dann hoffe er auf die Bewilligung der Mittel.

Abg. Graf Cieszkowski: Der Kultusminister sei jetzt bereits drei Jahre im Amt, und man dürfe daher annehmen, daß er die Verhältnisse seines Ressorts bereits vollständig durchdrungen habe. In Bezug auf die polnischen Staatsbürger aber müsse er ihm eine schwere Unterlassungssünde zur Last legen. Sie betreffe das Bedürfniß einer polnischen Universität, in Betreff deren Jahr aus Jahr ein Anträge gestellt worden, die nicht erfüllt worden seien. Bei dem Eintritt der neuen Regierung habe man gehofft, der dringende Wunsch werde endlich Berücksichtigung finden; das sei bis heute nicht der Fall, er müsse also den Minister wiederholt daran mahnen.

Kultusminister: Dem geäußerten Wunsche könne er aus provinziellen und nationalen Gründen nicht entgegenkommen. In provinzieller Beziehung sei kein Bedürfniß vorhanden. Dem Bedürfniß nach höherer Schulbildung für die polnischen Bewohner des preußischen Staats werde auf den Universitäten Breslau, Königsberg und auch Berlin genügt. Graf Cieszkowski habe seine ausgezeichnete Bildung in Berlin genossen.

Abg. André erinnert daran, daß die Slaven selbst, um sich zu verständigen, auf ihrem Kongresse die deutsche Sprache gewählt hätten. (Heiterkeit. Hört! hört!)

Berichterstatter Dr. Eckstein: In Posen hätten zwar zwei Akademieen bestanden, aber nicht mit der Einrichtung deutscher Universitäten, nicht um, wie diese, das studium generale im Auge zu haben. Pädagogische Rücksichten sprächen vielmehr gegen eine polnische Universität; die Wissenschaftlichkeit der Polen werde durch die deutschen Universitäten gefördert.

Bei Fortsetzung der Berathung fragt Abg. v. Lyskowski nach dem Ausbau des Gymnasiums in Culm, rügt als eine „Schande des Jahrhunderts", daß bis 1848 die katholisch-polnische Jugend ihren Religions-Unterricht in einer fremden Sprache habe nehmen müssen, und bringt andere Mißbräuche dieser Art, die noch beständen, zur Sprache. — Der Regierungskommisar: Es sei schwierig gewesen, einen Bauplatz in Culm zu finden; die zwischen den verschiedenen Ressorts noch bestehenden Differenzen sollen, demnächst an Ort und Stelle erledigt werden.

Gegen den Kommissions-Antrag auf baldige Absetzung des Beitrags von 5000 Thlrn. zu den Kosten der Brandenburger Ritter-Akademie spricht Abg. v. Wedell (Nordhausen) unter großer Unruhe des Hauses: Ein einseitiges Zurückziehen der 5000 Thlr. könne nicht stattfinden, da ein vollständiges Kontrakts-Verhältniß vorliege. — Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Bei dem Titel: Kunst und Wissenschaft bemerkt Abg. v. Chlapowski: Er und seine Freunde könnten bei jeder Position eine Beschwerde vorbringen; sie thäten es aber nur dann, wenn es sich um wichtige Angelegenheiten handle. Hier möchte er darauf aufmerksam machen, daß für die Provinz Posen die Errichtung eines polnischen Theaters durchaus nothwendig sei und seit langer Zeit vergeblich angestrebt werde. — (Der Präsident bittet den Redner, bei diesem Etat von der Materie abzustehen, da sie offenbar in das Ressort des Ministers des Innern gehöre.) — Abg. Starcke: Die Akademie der Künste zu Berlin harre seit 11 Jahren der Organisation und eines neuen Direktors: er wolle hier den Wunsch nach Abhülfe aussprechen, und auch in Bezug auf die Verwaltung der Museen. — Kultusminister: Die Reorganisation der Akademie der Künste sei vor Erlangung eines neuen Direktors nicht möglich; bei der Verwaltung der Museen sei nach den von dem Könige genehmigten Statuten verfahren; eine Revision sei in Aussicht genommen.

Abg. v. Morawski: Vor zwei Jahren habe sich ein polnischer wissenschaftlicher Verein in Posen gebildet von dessen Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit seine bisherigen Publikationen Zeugniß ablegten; die Regierung habe aber die Lehrer ermahnt, sich von den Bestrebungen des Vereins fern zu halten, und auf zwei Beschwerden des Vereins über diese merkwürdige Maßregel bis jetzt noch keine Antwort ertheilt; man habe nationale Bestrebungen unter dem Verein gewittert; man verwechsele wahrscheinlich nationale Bestrebungen mit revolutionairen Bewegungen; der berühmte Engländer Burke bezeichne revolutionaire Ereignisse als solche, die gegen jedwede Autorität gerichtet seien; diese seien vorübergehend; nationale Bestrebungen stammen von Gott und besäßen unvergängliche Kraft. Dies zur Antwort dem Abgeordneten v. Vincke. — Kultusminister: Die Abmahnung der Lehrer sei in wohlwollender Absicht geschehen und finde ihre Begründung in den Ereignissen benachbarter Staaten wo unter unschuldigen Namen andere Bestrebungen sich geltend machen.

Eine längere Erörterung knüpft sich hieran aus lauter kleinen Wechselreden bestehend; von Seiten der polnischen Abgeordneten wird bemerkt, man dürfe nicht hinter Unschuldigem Verbotenes suchen, dadurch würde der ganze Staat eine Polizei-Anstalt u. dergl; der Abg. Rohden erinnert, die Angelegenheit des wissenschaftlichen Vereins sei vor mehreren Jahren durch eine besondere Kommission des Hauses geprüft und die desfallsigen Beschwerden unbegründet gefunden. Von polnischer Seite wird das wieder bestritten. — Ferner kommt zur Sprache, wer an den Ereignissen von 1848 Schuld sei, ob die Polen oder die Deutschen; die Polen nennen den damaligen Aufstand keine Revolution, sondern einen Unabhängigkeitskrieg; der Abg. v. Vincke bemerkt, eine solche Bezeichnung lasse sich nur aus einer Unkenntniß der deutschen Sprache erklären.

Sämmtliche Positionen werden ohne Diskussion genehmigt. Bei der Position zum Neubau eines Anatomie-Gebäudes in Berlin, wofür im Etat als erste Rate 10,000 Thlr. ausgeworfen sind, bemerkt der Abgeordnete v. Rönne, daß die Nothwendigkeit eines neuen Anatomiegebäudes in Bonn noch größer sei als in Berlin; namentlich sei die Verlegung nach einem andern Stadttheil unerläßlich. Der Kultusminister gesteht zu, daß der Umfang des betreffenden Gebäudes in Bonn nicht genügend sei, doch seien die übrigen Klagen übertrieben. — Abg. Reichensperger (Köln) tritt dem Minister bei; rings um das Anatomiegebäude seien neue Häuser errichtet worden; nun könne man doch nicht verlangen, daß die Anatomie vor den Neubauten Reißaus nehmen solle. — Der Bericht ist damit erledigt.

Die Sitzung schließt um 3¾ Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tages-Ordnung: die heute unerledigten Gegenstände.

Rundschau.

Berlin, 15. Mai. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses kam der Gesetzentwurf, einige Abänderungen des Gewerbesteuergesetzes vom 30. Mai 1820 betreffend, zur Berathung. Sämmtliche Paragraphen des Entwurfs wurden, mit Ausnahme weniger, von der Kommission vorgeschlagenen Veränderungen, in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. — Hierauf erhielt auch der Gesetzentwurf, die Erweiterung des Rechtsweges betreffend, ohne jede Abänderung die Zustimmung des Hauses.

— In der heutigen (51) Sitzung des Hauses der Abgeordneten gab der Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums den polnischen Mitgliedern abermals Anlaß zu längeren Beschwerden. — Beim Etat der Justizverwaltung wurde in der Kirchmannschen Angelegenheit ein Beschluß, indem sowohl der Kommissions-Antrag als der vom Abgeordneten Taddel aufgenommene Antrag der Minoritit der Kommission abgelehnt wurden.

— Gegen 60 noch rüstige Offiziere, welche verschiedener Umstände halber sich nicht mehr in der preußischen Armee befinden, haben sich zum Eintritt in das Heer der Nordamerikaner gegen die Rebellen Südamerika's bei der hiesigen nordamerikanischen Gesandtschaft gemeldet. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es auch aktiven preußischen Offizieren gestattet werden wird, den Kampf der Nordamerikaner gegen die südamerikanischen Staaten zur Bereicherung ihres Wissens mitzumachen.

— Die Entwickelung des Berliner Polizei-Dramas geht jetzt so schnell, daß es sehr interessant ist, die letzten Daten desselben zusammen zu stellen. Am

2. November 1860 erklärt Graf v. Schwerin in einem Schreiben an den Ober-Staats-Anwalt, er halte „der Versicherung der Herren Freiherr von Zedlitz und Patzke gegenüber" noch weitere Untersuchung nicht für nöthig.

24. Januar 1861. Antwort des Grafen Schwerin an den Berliner Magistrat; seine Klagepunkte in der Pferdetausch-Angelegenheit seien unbegründet.

5. Februar. Der Minister des Innern hält im Abgeordnetenhause die „Integrität" der Berliner Polizei aufrecht.

14. April. Polizei-Lieutenant Schmidt und Wachtmeister Köhler werden wegen dringenden Verdachts der Unterschlagung ꝛc. verhaftet.

20. April. Polizei-Lieutenant Herrmann wird disciplinarisch vernommen und einige Tage später vom Amte suspendirt wegen des Verdachtes, daß er unbefugt Mittheilungen oder einzelne Vorgänge bei der Berliner Polizei-Verwaltung gemacht habe.

25. April. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung beschließt auf eine Kriminal-Untersuchung wegen der Betrügereien ꝛc., welche von Polizei-Beamten verübt sein sollen, zu dringen.

26. April. Der Ehrenrath des 20. Landwehr-Regiments zieht Erkundigungen über die „Integrität" des Herrn Landwehr-Hauptmann und Kompagnieführer Patzke ein.

27. oder 28. April. Die Verhafteten Schmidt und Köhler machen Geständnisse, welche Herrn Patzke schwer graviren.

28. April. Die offiziöse „Preußische Zeitung" macht den Berliner Stadtverordneten Vorwürfe über ihre leichtsinnigen Angriffe auf die Ehrenmänner.

29. April. Graf Schwerin schreibt an den Justiz-Minister, er wolle der Kriminal-Untersuchung freien Lauf lassen, falls sich begründete Anschuldigungen gegen Beamte der Berliner Polizei erheben würden.

2. Mai. Das Berliner Stadtgericht beschließt die Eröffnung einer Voruntersuchung gegen Herrn Patzke.

3. Mai. Graf Schwerin macht dem Berliner Magistrat Mittheilung von dem Schreiben an den Justiz-Minister d. d. 29. April.

An demselben Tage erhält Herr Patzke von dem Polizei-Präsidenten Freiherrn v. Zedlitz einen zweitägigen Urlaub.

4. Mai Vormittags. Herr Patzke wird zum ersten Male in der gegen ihn eröffneten Kriminal-Untersuchung gerichtlich vernommen.

Nachmittags selbigen Tages benutzt Herr Patzke den erhaltenen Urlaub zu einer Reise nach Schweden, ausgestattet mit einer blauen Brille.

5. Mai. Der Minister des Innern verfügt die Suspension des verreisten Herrn Patzke von seinem Amte.

6. Mai. Die Suspension wird rite ausgeführt, Herr Polizei-Präsident v. Zedlitz sagt: „Zu seinem großen Bedauern."

7. Mai. Das Berliner Stadtgericht erläßt einen Steckbrief hinter Patzke — selbigen Tages wird Herr Patzke in Ystadt verhaftet.

11. Mai. Herr Patzke bewohnt eine Zelle in der Stadtvoigtei.

Heidelberg, 12. Mai. Die vereinigte Commission des deutschen Handelstages hat gestern ihre Arbeiten beendet. Wie zu erwarten war, hat die Zollvereinsfrage einen lebhaften Kampf hervorgerufen, die beiliegenden dem Plenum zur Beschlußnahme vorzulegenden sieben Resolutionen (siehe unten) sind als ein Compromiß zwischen den sich gegenüberstehenden Partheien zu betrachten. Die von dem kölner Abgeordneten Herrn Classen eingebrachten Anträge waren präciser gefaßt, aber Herr Hansemann aus Berlin trat demselben mit dem Vorschlage entgegen, einer aus Kaufleuten und Industriellen hervorgegangenen Versammlung das Gesetzgebungsrecht in Zollangelegenheiten zu übertragen, und die am Freitag eingetroffenen wiener Abgeordneten bestanden darauf, daß der Zolleinigung mit Oesterreich Erwähnung geschehe. Die erwähnten Resolutionen in Sachen des Zollvereins lauten: „Der Handelstag erklärt:

1) Der fernere Bestand und die weitere Ausdehnung des deutschen Zollvereins sind für deutsche Interessen von der größten Bedeutung; 2) insofern zwischen den merkantilen und industriellen Interessen des Zollvereins und denen der deutschen Staaten, welche diesem noch nicht angehören, eine Verschiedenheit obwaltet, ist die Ausgleichung derselben herbeizuführen und der Beitritt der letzteren zum Zollverein zu erstreben; 3) zwischen dem Zollverein und Oesterreich ist Verkehrsfreiheit, so weit sie nach den in beiden Zollgebieten bestehenden Verbrauchssteuern und Finanzzöllen ausführbar ist, herbeizuführen. Auch ist thunlichst dahin zu wirken, daß in geeigneter Zeit eine vollständige Vereinigung zwischen dem deutschen Zollverein und dem österreichischen Staate eintritt. 4) Es ist auf Beseitigung der Hindernisse, welche noch dem völlig freien Verkehr im Zollvereine entgegenstehen, — wohin insbesondere die Uebergangssteuern und die Ungleichmäßigkeit der Verbrauchssteuern gehören, — hinzuwirken. Auch sind die gemeinsamen Handelsinteressen nach Außen durch Bestellung gemeinschaftlicher Consular-Agenten und durch Annahme einer gemeinschaftlichen Flagge zu wahren. 5) Um den ferneren Bestand des deutschen Zollvereins zu sichern und ihn den ausgesprochenen Zielen entgegenzuführen, ist eine veränderte Organisation desselben nothwendig. 6) Zu dem Ende wird bei Erneuerung der Zollvereinsverträge darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Gesetzgebung des Zollvereins der Vertretung der vereinigten Regierungen einerseits, und der der Bevölkerung der Vereinsstaaten andererseits gemeinschaftlich übertragen werde, dergestalt, daß die übereinstimmend durch Majorität gefaßten Beschlüsse beider Körperschaften als endgültige Gesetze in Zollangelegenheiten im ganzen Zollgebiet einzuführen sind. 7) Bei der Zusammensetzung dieser Vertretungen wird auf die Größe der Vereinsstaaten in geeigneter Weise Rücksicht zu nehmen sein.

Wien. Der Sitz, welchen Teleky auf der Deputirtenbank eingenommen, soll einem in der neulichen Konferenz des Unterhauses gefaßten Beschlusse zufolge während der ganzen Dauer der Session leer bleiben.

— Die von der Independance gemachte Angabe, daß man sich österreichischerseits in neuester Zeit geneigter zeige, gegen eine financielle Entschädigung Venetien seine Unabhängigkeit zurückzugeben, ist nichts weiter als eine Conjectur. Es hat sich in den hiesigen entscheidenden Kreisen in Bezug auf Venetien durchaus nichts geändert, nach wie vor betrachtet man die Behauptung der italienischen Besitzungen als eine Ehrenpflicht. Wenn diese Frage, was übrigens kaum zu vermuthen steht, jemals im Herren- oder im Abgeordneten-Hause zur Sprache kommen sollte, so würde sich schwerlich jemand finden, der den Muth hätte, gegen die offenkundigen Ansichten aufzutreten, welche in diesem Punkte in den Hofkreisen herrschen.

Turin. In Betreff des angeblich französisch-sardinischen Projektes einer gemeinsamen Besetzung Roms will die „Indépendance" in Erfahrung gebracht haben, daß der König versprochen habe, „vorläufig" die weltliche Herrschaft des Papstes über das Patrimonium Petri zu achten, wogegen die französische Regierung verspreche, das Königreich Italien anzuerkennen. Cavour habe sich nur ungern zu dieser Auskunft verstanden, aber der Kaiser der Franzosen hätte nun einmal erklärt, „er werde das Königreich Italien nicht eher anerkennen, als bis eine Lösung in der römischen Frage erzielt sei"; da nun Cavour an dieser Anerkennung gerade jetzt, wo eine große Anleihe abgeschlossen werden solle, ungemein viel gelegen sei, so habe er eingewilligt.

— Aus Neapel wird auch von fortwährenden Anstrengungen der Reaktion gemeldet, Aufstände hervorzurufen. Auf den Rath der französischen Regierung werden sehr große Truppenmassen nach dem Süden geschickt; man spricht von 50,000 Mann. Wenn dieses Gerücht sich bestätigte, so wäre das wohl der beste Beweis, daß kein Krieg mit Oesterreich zu befürchten. Nach Berichten aus Turin, die in Paris eingetroffen sind, soll das ganze Königreich beider Sicilien militairisch besetzt werden. Ein großer Theil der piemontesischen Armee wird nach dem Süden abmarschiren, und sogar die Mincio-Linie, die man als von Frankreich garantirt erachtet, von Truppen entblößt werden. Auch soll es sich bestätigen, daß der Kriegsminister General Fanti durch den General Cuggia ersetzt werden wird.

— Wie man der „Armonia" aus Rom schreibt, hätte der Papst dem Herzog von Grammont, welcher bei ihm, im Namen des turiner Kabinets, auf die Entfernung des Ex-Königs von Neapel aus Rom bestand, auf folgende bestimmte Weise geantwortet: „Der König von Neapel wird Rom nicht eher verlassen, als bis ich es selbst verlasse."

Paris. Herr v. Persigny hat bereits dem Kaiser den Gesetzentwurf über die zu bewilligenden Reformen in der Preßgesetzgebung vorgelegt. Wie man bereits früher andeutete, beziehen sie sich auf zwei Hauptpunkte, auf die „Avertissements", die künftig nach Ablauf eines Jahres außer Kraft treten, und auf die von Rechtswegen eintretende Unterdrückung eines Blattes in Folge zweier über es verhängten gerichtlichen Verurtheilungen. Diese Unterdrückung soll künftig hin nur dann stattfinden können, wenn der Gerichtshof dieselbe wegen Rückfälligkeit in dasselbe specielle Vergehen ausdrücklich im Urtheile verfügt. Es ist dies immerhin ein Schritt weiter auf dem Wege zur gesetzlich kontrolirten Freiheit.

Paris, 12. Mai. Wie man hört, hätten Frankreich und England sich darüber geeinigt, Oesterreich und der Türkei folgende Kombination vorzuschlagen: Oesterreich solle Venetien an Victor Emanuel gegen eine Geldentschädigung von 200 Millionen und den Eintausch von Bosnien, Herzegowina und türkisch Kroatien abtreten. Die Türkei würde für die Abtretung dieser drei Provinzen an Oesterreich durch die Summe von 200 Mill. entschädigt werden, die ebenfalls das Königreich Italien zu bezahlen hätte. Indessen sei noch kein entschiedener Schritt geschehen, indem England noch Bedenken trage, die Sache anzugreifen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 16. Mai.

— Die Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 16. v. M. ist nunmehr publizirt, daß die seit dem 14. März 1859 in Wirksamkeit gewesene Marine-Centralbehörde unter der Benennung „Admiralität" eingeht, fernerhin das Marine-Ministerium heißt und alle Verwaltungsangelegenheiten der Marine leitet, dagegen die Benennung: Ober-Kommando der Marine wie bisher für die Militairbehörde verbleibt und der Chef desselben zu dem Marine-Minister in dasselbe Verhältniß tritt wie ein kommandirender General resp. General-Inspekteur zu dem Kriegsminister.

— Der neu ernannte Stadt-Kommandant, Herr General-Major v. Fallois I. aus Magdeburg steht bei vielen Danzigern noch in gutem Andenken, da derselbe vor einigen Jahren als Bataillons-Commandeur beim 1. Infant.-Regt. hier in Garnison stand.

— Die Anklage gegen den Oberarzt Hrn. Dr. Stich wird erst im nächsten Monat zur Verhandlung kommen, da noch die Vernehmung eines Sachverständigen sich als Nothwendigkeit erwiesen hat.

— Gestern Abend etwa um 7 Uhr versammelten sich viele Zuschauer auf der Hohen Thorbrücke, um anzusehen wie sich ein anständig gekleideter Mann von dem Festungswalle in den Stadtgraben hinunterstürzen wollte. Da derselbe sich nicht gutwillig zum Rückzuge bequemte, wurde er durch vier handfeste Personen heraufgezogen; es ermittelte sich, daß derselbe ein hiesiger geisteskranker Destillateur war.

— Gestern Nachmittag wurde im Stadtgraben bei Bastion Roggen die Leiche eines Arbeiters bemerkt, welche nach dem städtischen Lazarethe geschafft wurde. Die daselbst angestellten Wiederbelebungsversuche blieben fruchtlos.

Elbing. Die Kahlberger Lehrerstelle wird im Amtsblatt wiederholt ausgeboten. Sie bringt außer freier Wohnung, Brennmaterial, Fischen und 1 Morgen Acker ein baares Gehalt von 40 Thlr. Dagegen muß der Lehrer an seinen Vorgänger 74 Thlr. Pension zahlen.

Königsberg, 16. Mai. Der Herr Oberpräsident Dr. Eichmann wird sich heute zur feierlichen Einweihung des katholischen Gymnasiums und Grundsteinlegung einer katholischen Kirche nach Braunsberg begeben.

— Der Landrath Jachmann, Gatte der Sängerin Johanna Wagner, hat die Trutenauschen Güter gekauft.

Stettin, 13. Mai. Am 26. April ging von hier der Schraubendampfer „Alexander II." mit Passagieren, Gütern und lebenden Thieren nach St. Petersburg ab. Von etwa 200 Arbeitern, für welche die Ueberfahrt kontrahirt war, blieb ein Theil zurück, da die ihnen von den betreffenden Agenten versprochenen Zwischendeckplätze für eine so große Zahl nicht vorhanden waren. Von dem Schiffe war seit dem Abgange nichts wieder gehört, und man befürchtete schon seit längerer Zeit, daß es verunglückt sei. Gestern ist nun, wie die „Ostsee-Zeitung" meldet, von Kronstadt ein Telegramm eingetroffen, welches diese Befürchtung theilweise bestätigt. Nach demselben ist ein preußischer Dampfer mit der Nothflagge am 9ten d. M. bei der Insel Sommer von dem englischen Dampfer „Nautilus" gesehen worden, am andern Morgen war derselbe verschwunden; dagegen waren auf Sommers (einer kleinen mit Leuchtfeuer versehenen Insel im finnischen Meerbusen, ca. 26 deutsche Meilen WNW. von Kronstadt) eine preußische Flagge und viele Menschen sichtbar. Am nächsten Morgen (11. Mai) ist der „Alexander II." von dem Lübecker Dampfer „Marie" unweit Naervoe, 2—3 Meilen östlich von Sommer, im Eise gesehen; es ist also wahrscheinlich, daß die Passagiere den „Alexander II." bei Sommer nach 13 bis 14 Reisetagen verlassen haben, während man hofft, daß die Mannschaft mit dem Schiffe die Reise fortgesetzt hat. Von Kronstadt ist am 11. Hülfe nach der Insel Sommer abgesandt.

Stettin, 14. Mai. In der Nacht vom 10. zum 11. d. ist ½ Meile von Lippehne auf der Chursdorfer Windmühle der Besitzer mit seiner Frau, drei Kindern (11, 9 und 5 Jahr alt) nebst einem Dienstmädchen ermordet worden. Es sind der Spur nach zwei Männer durch das Kellerfenster in das Haus gedrungen und haben sämmtliche Personen mit der Axt erschlagen. Mit Ausnahme des neunjährigen Kindes, welches wahrscheinlich erwacht, zu fliehen versucht hatte und im Zimmer mit zerschlagenem Schädel gefunden wurde, lagen alle ermordet in ihren Betten.

Gerichtszeitung.

[Diebstahl.] Am vorigen Montag erschien auf der Anklagebank das Dienstmädchen Auguste Reschke, 27 Jahr alt, bisher noch nicht bestraft, angeklagt, der Frau des Barbiers Herrn Büchner ein Hemde gestohlen zu haben. Die Angeklagte gestand unter heißen Thränen sofort ein, daß sie schuldig. „Ja, ich habe", sagte sie, „das Hemde gestohlen; ich habe aber früher dergleichen nie gethan und werde es auch nie wieder thun; ich habe mich vergessen. Es kam öfter eine Frau zu mir, die gar zu sehr über ihre Armuth klagte, sie hätte nicht einmal ein ganzes Hemde anzuziehen, und manche Frau hätte die schönsten Hemden zu Dutzenden im Kasten liegen. Die arme Frau that mir gar zu leid. Wenige Tage darauf ließ die Frau Büchner ihre gewaschenen Hemden mangeln; ich nahm eins davon und gab es der armen Frau." Bei diesem offenen Geständniß der Angeklagten wurde das Zeugenverhör ausgesetzt und dieselbe unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnißstrafe von 8 Tagen verurtheilt. Die Verurtheilte dankte unter heißen Thränen für die ihr zuerkannte Strafe und verließ mit dem Ausdruck der Versöhnung in ihrem Antlitz den Gerichtssaal.

[Ein gebratener Storch.] Der ächte Berliner von ehemals sagt: Eine jebratene Jans ist eine jute Jabe Jottes; der Danziger aber spricht: Ein gebratener Storch wird zur Strafe. Die Wahrheit dieser Volksweisheit erfuhr vor Kurzem der Bäckermeister Hr. Giesebrecht. Dieser war nämlich angeklagt, zu dem Schutzmann Zielke gesagt zu haben: Braten Sie mir doch einen Storch, Sie schiefer Joseph, Sie Nachtwächterjunge! Diese Worte mußten natürlich als eine Beleidigung eines Beamten im Dienst betrachtet werden. Der Angeklagte gestand ein, sich der Redensart vom gebratenen Storch bedient zu haben, bestritt aber, daß er zu dem Schutzmann: „Schiefer Joseph" und „Nachtwächterjunge" gesagt. Ein Entlastungszeuge, welcher vernommen wurde, wollte auch nur die angeführte Redensart ohne die beiden beleidigenden Titel gehört haben. Indessen vermochte er nicht zu behaupten, daß der Herr Giesebrecht dieselben nicht gebraucht, während der Schutzmann mit großer Bestimmtheit aussagte, daß er von demselben „schiefer Joseph" und „Nachtwächterjunge" geschimpft worden sei. Der hohe Gerichtshof hielt sich von der Schuld des Angeklagten für überzeugt und verurtheilte ihn unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnißstrafe von 8 Tagen.

Der fünfundzwanzigste November.

Eine Criminal-Novelle.

(Fortsetzung.)

Für Waldau nahm die Sache eine sehr ungünstige Wendung, als mehrere Zeugen auf das Bestimmteste bekundeten, daß es niemand anders als Sochau gewesen sei, den man im Löwen zu Waldau habe hinaufsteigen und bald darauf mit Benjamin sich entfernen sehen, und als durch die Vernehmung einer großen Anzahl von Zeugen aus Hamburg mit hoher Wahrscheinlichkeit ermittelt wurde, daß Waldau mit Sochau nicht nur vor, sondern auch nach der Entführung Benjamin's in Verkehr gestanden habe. Um so größeres Erstaunen erregte es, als der Präsident ein ihm während der Verhandlung zugegangenes Schreiben eines Juden, Namens Isaak Moritz, verlesen ließ, welches aus einem etwa 5 Meilen entfernten Städtchen datirt war, und worin der Schreiber meldete, daß er mit Verwunderung erfahren habe, wie man Waldau's Angaben über eine mit ihm am 25. Novbr. Nachmittags im Löwen zu Sternberg in einer Geschäfts-Angelegenheit auf seine Veranlassung gehabte Zusammenkunft in Zweifel ziehe, und daß er sich deshalb beeile, die Wahrheit derselben zu bestätigen, was er mündlich und eidlich zu wiederholen gern bereit sein würde, wenn er nicht leider augenblicklich krank zu Bett läge. Er sei an jenem Tage Mittags von Cöln mit der Eisenbahn angekommen, und zwar in Gemeinschaft mit einem jungen Mann, der in Cöln bedeutende Geldsummen umgesetzt, und den er deshalb mehrfach ersucht habe, mit ihm einige Geschäfte zu machen. Wenn Zeugen bekundet hätten, daß ein Verbrecher aus Hamburg der Begleiter des jungen Walter gewesen sei und Waldau im Löwen aufgesucht habe, so könne das nur auf einer ihm sehr wenig schmeichelhaften Verwechslung beruhen, da er ein ehrlicher Mann sei.

Die Verlesung dieses Schreibens erregte die größte Sensation in der ganzen Versammlung und erfüllte den Vertheidiger mit um so größerer Hoffnung, als dadurch eine Hauptstütze des Belastungsbeweises umgestoßen zu werden schien. Der Staatsanwalt beantragte, den höchst wichtigen Zeugen sofort herbeizuschaffen, und im Fall der Unmöglichkeit die Verhandlung der Sache bis zu den nächsten Assisen zu vertagen. Diesem Antrage traten auch die Vertheidiger bei. Waldau dagegen protestirte mit der größten Entschiedenheit gegen eine Aussetzung der Entscheidung auf mehrere Monate. Er habe weiter keinen Wunsch, als diese für ihn so qualvolle Procedur so schleunig als möglich zu Ende geführt zu sehen, und verzichte auf jede Vernehmung von Entlastungszeugen. Er fühle sich außer Stande, nach abermaliger langer Kerkerhaft die Tortur einer solchen Verhandlung ohne Ende zu überstehen.

Der Gerichtshof entschied indeß nach kurzer Berathung, daß die Verhandlung jedenfalls bis zur persönlichen Abhörung des Zeugen vor den Geschworenen, eventuell bis zur nächsten Sitzungsperiode auszusetzen sei.

Am folgenden Morgen, wo definitiv über die Möglichkeit der Weiterverhandlung Beschluß gefaßt werden sollte, begann die Sitzung unter der gespanntesten Erwartung des Publikums mit der Vernehmung des glücklich aufgefundenen und herbeigebrachten Isaak Moritz. Derselbe bestätigte Alles, was er in dem Briefe mitgetheilt hatte, und blieb bei seiner Auslassung mit der größten Bestimmtheit, selbst als mehrere Zeugen aus Cöln, der Reisegefährte des jungen Walter von dort bis Hannover, der Wirth zur Traube und der Kellner aus dem Löwen versicherten, daß der Zeuge ganz bestimmt nicht die von ihnen bezeichnete Persönlichkeit sei. Als jedoch auch Waldau erklärte, daß er diesen Mann niemals gesehen habe, wendete sich der Jude zu ihm und starrte ihn eine Weile wie versteinert an. Dann folgte ein Auftritt, wie er gewiß noch nie in einem Gerichtssaal erlebt worden ist, und durch den die ganze Versammlung im höchsten Maße erschüttert wurde. Bleich und zitternd vor Wuth zog der Jude ein beschriebenes Blatt aus der Tasche, schritt langsam auf Waldau zu, hielt ihm das Blatt vor und schrie ihm mit bebender Stimme zu: „Herr! Sie sind ein ebenso ränkevoller wie erbärmlicher Feigling! Mich haben Sie betrogen, indem Sie mir versichert haben, ich hätte mit Ihrem saubern Spießgesellen eine so große Aehnlichkeit, daß die Zeugen unmöglich mich

und ihn würden unterscheiden können. Dadurch verlockten Sie mich, eine Gefahr zu übernehmen, deren Größe ich nicht ahnen konnte. Und nun ich mitten in der Falle stecke, die Sie mir gestellt haben, sind Sie der Erste, der mich feige im Stich läßt. Ich bin froh, daß ich für ein solches Subject meine Seele nicht verschworen habe, und daß die Sache für Sie etwas schlimmer ausfallen wird, als für mich. Da nehmen Sie das Sündengeld zurück, durch welches Sie mich zu verblenden gewußt haben, und möge es Ihnen so schlecht gehen, wie es Ihre Erbärmlichkeit verdient. Der Henker hole Sie und Ihr verfluchtes Gold!" Diese Worte schrie er in einem Ton, der allen Anwesenden Entsetzen erregte, und warf dabei eine Hand voll Goldstücke mit solcher Gewalt Waldau vor die Füße, daß sie weit umherrollten und auf dem ganzen Raum vor der Tribüne zerstreut umher lagen.

Waldau stand während dieser ganzen Scene am Boden angewurzelt wie eine Bildsäule, bleich wie der Tod, und mit dem Ausdruck des Schreckens und des Erstaunens. Endlich faßte er sich mit einer Hand vor die Stirn, starrte mit leerem Blick umher, als wenn er seine Gedanken sammeln wollte, um etwas Unerhörtes zu begreifen, bedeckte dann sein Gesicht mit beiden Händen und sank auf die Anklagebank zurück.

Der Präsident ließ nun das von dem Juden überreichte Blatt verlesen. Es war ebenfalls mit Blut geschrieben und enthielt eine genaue Instruktion über dasjenige, was der Zeuge alles bekunden solle. Dieser fügte hinzu, daß ein ihm gänzlich unbekannter Mann ihm im Auftrage Waldau's den Brief gebracht, ihm auch mündlich die genauesten Instruktionen ertheilt und 20 Louisd'or mit dem Versprechen eingehändigt habe, daß diese Summe verdoppelt werden solle, wenn der falsche Eid geleistet sei.

Zwei sofort herbeigerufene Schreibverständige erklärten nach langer Prüfung der in Rede stehenden Schrift und Vergleichung mit vielen andern von Waldau's Hand herrührenden Schriftstücken, daß ihrer Ansicht nach mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, daß jenes Blatt mit absichtlich verstellter Hand von Waldau geschrieben sei.

Diese ganze Erörterung und die ihr vorangegangene Scene machten einen überwältigenden Eindruck auf alle Anwesenden, namentlich auch auf Waldau's Vertheidiger, der um so tiefer niedergeschlagen war, je größere Erwartungen er von der Aussage dieses Zeugen, den ein glücklicher Zufall der bedrängten Unschuld zu Hülfe geschickt zu haben schien, gehegt hatte.

Als der Präsident an Waldau die Frage richtete, ob er ihm nun gestatten wolle, auf die früher bereits erwähnte Correspondenz zurückzukommen; ob er nun gestehen wolle, daß der von ihm aus dem Gefängniß geschriebene Brief der hier vorliegende, an Moritz gerichtete sei, starrte ihn Waldau gedankenlos an, und es schien, als ob er von alle dem, was um ihn vorgegangen, nichts vernommen, oder doch nichts verstanden habe. Der Präsident wiederholte seine Frage, worauf Waldau wie aus einem Traum erwachend die Worte stammelte: Correspondenz! Ich habe ja schon ein Mal gebeten, mich mit allen Fragen darüber zu verschonen. Ich will und kann darüber nichts sagen.

Alle Bitten des Vertheidigers, alle Ermahnungen des Präsidenten, sich darüber auszusprechen, ob er den Brief an Moritz geschrieben, und was er mit der Werbung dieses falschen Zeugen bezweckt habe; alle Vorstellungen, daß sein weiteres Schweigen unfehlbar einem Geständniß würde gleich geachtet werden müssen, blieben fruchtlos, und Waldau setzte ihnen nichts als die Bitte entgegen, doch nur endlich mit weiterer Vernehmung von Zeugen einzuhalten und die entsetzliche Verhandlung zu Ende zu führen. Es verstand sich indeß von selbst, daß, so lange die Angeklagten nicht ein vollständiges Geständniß in Betreff des ihnen zur Last gelegten Mordes ablegten, alle Mittel zu ihrer Ueberführung erschöpft werden mußten.

Vor allem kam es darauf an, den Beweis zu führen, daß der in dem See gefundene Blechkasten mit den von Walter gekauften Papieren sich im Besitz Walter's befunden habe, als er auf Waldau's Wagen stieg. Dies wurde durch die Vernehmung der Zeugen keineswegs mit der Sicherheit nachgewiesen, welche die Voruntersuchung ergeben, und welche der Präsident bei dem Verhör vorausgesetzt hatte. Unzweifelhaft war, daß Walter die von Suchau und von Waldau verkauften Papiere drei Tage vor seiner Abreise in Cöln in einen Blechkasten gelegt, und daß er sowohl gesagt als geschrieben hatte, daß er sie selbst mitnehmen werde.

Der Blechkasten war bisher von den Zeugen mit voller Sicherheit recognoscirt; — auf die Bemerkung Waldau's, daß ihre Behauptung unmöglich sei, waren sie jedoch schwankend geworden, so daß die Identität in der That schließlich höchst zweifelhaft blieb. Und war es nicht möglich, daß Walter doch seinen Entschluß geändert und den Kasten vorausgesendet, in dem Carton, in welchem sich derselbe bis dahin befunden, aber etwas andres transportirt habe? War es nicht denkbar, daß er wenigstens den von Waldau verkauften Theil der Papiere nicht bei sich geführt habe? Und welchen Stoß erlitt der gefährliche Beweis, wenn dieser Punkt zweifelhaft blieb, oder sich gar zu Gunsten des Angeklagten aufklärte!

(Fortsetzung folgt.)

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationsschule zu Danzig.

Mai.	Stunde	Barometer Höhe in Par. Linien.	Thermometer im Freien n. Reaum.	Wind und Wetter.
15	6½	340,20	+ 8,7	NNO. schwach, hell u. wolkig.
16	8	337,41	8,2	SW. schwach, ganz bezogen.
	12	335,88	9,6	do. mäßig, do.

Course zu Danzig am 16. Mai:

		Brief	Geld	gem.
London 3 M.	Thlr.	6.19½	6.19¼	—
Amsterdam 2 M.		141	—	—
Paris 2 M.		—	—	79
Staats-Schuldscheine 3½ %		88	—	—
Westpr. Pfandbriefe 3½ %		84¼	—	—
do. do. 4 %		95	—	—
Staats-Anleihe 5 %		106¾	—	—

Schiffs-Nachrichten.

Angekommen am 15. Mai:

P. Anderson, Pauline, v. London; u. H. Borgwardt, Maria, v. Stettin, mit Gütern. S. Smith, Antje, v. Copenhagen, m. Ballast.

Gesegelt:

J. Richardsen, Freasuve, n. Hartlepool, m. Getreide.

Angekommen am 16. Mai:

A. Driest, Jan Visser, v. Liverpool. mit Gütern. P. Andersen, Juno, v. Bergen, m. Ballast.

Producten-Berichte.

Danzig. Börsenverkäufe am 16. Mai.

Gestern nach der Börse sind 88 L. Weizen 131pfd. zu unbekannt gebliebenem Preise, 127pfd. zu fl. 570, verkauft. — Heutiger Umsatz:

Weizen, 400 Last, 131.32pfd. 131pfd. 129.30pfd. fl. 627½, 129pfd. fl. 610, 128.29pfd. fl. 580, 128pfd. fl. 575, 127pfd. fl. 560—567½, 126.27pfd. fl. 555, 125.26pfd. fl. 540, 122.23pfd. fl. 500.
Roggen, 33 Last, Preis unbekannt.
Gerste, 2 Last, fl. 105pfd. fl. 258.
Weiße Erbsen, 30 Last, fl. 325—345.
Wicken, 2 Last, fl. 258.

Berlin, 15. Mai. Weizen 72—85 Thlr. pr. 2100pfd.
Roggen 49 Thlr. pr. 2100pfd.
Gerste, große und kl. 38—44 Thlr.
Hafer 23—26 Thlr.
Erbsen, Koch- und Futterwaare 42—49 Thlr.
Rüböl 11¾ Thlr.
Spiritus ohne Faß 18¾—$\frac{17}{24}$ Thlr.

Stettin, 15. Mai. Weizen 85pfd. 72—85 Thlr.
Roggen 77pfd. 45—45½ Thlr.
Rüböl 11⅚ Thlr.
Spiritus ohne Faß 19 $\frac{1}{12}$ Thlr.

Königsberg, 15. Mai. Weizen 80—100 Sgr.
Roggen 45—55 Sgr.
Gerste, große und kleine, 30—45 Sgr.
Hafer 18—30 Sgr.
Erbsen, weiße, 50—55 Sgr., graue 56 Sgr.

Bromberg, 15. Mai. Weizen 122—25pfd. 63—67 Thlr.
Roggen 118—124pfd. 38¼—41 Thlr.
Gerste, große 31—37 Thlr., kleine 24—26 Thlr.
Spritus 19⅓ Thlr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Die Hrn. Rittergutsbesitzer Baron v. Schmalensee a. Gr. Paglau und Prem.-Lieutenant Steffens a. Kleschkau. Hr. Assessor v. Reitzenstein a. Königsberg. Der Lieutenant im Neumärkischen Dragoner-Regiment Hr. v. Löper a. Bromberg. Die Hrn. Kaufleute Zeiser a. Leipzig und Löffenhop a. Molheim.

Hotel de Berlin:

Die Hrn. Kaufleute Jänike a. Berlin, Röhl a. Magdeburg und Gehrke a. Berlin. Hr. Gutsbesitzer Körber a. Schigau.

Walter's Hotel:

Hr. Gutsbesitzer v. Lyskowski a. Locken. Die Hrn. Kaufleute Roloff a. Magdeburg und Seeligmann a. Frankfurt a. M. Hr. Fabrikant Schröder a. Berlin.

Hotel de Thorn:

Hr. Gutsbesitzer Stark a. Posen. Hr. Mühlenbesitzer Barkowski a. Königsberg. Hr. Kaufmann Koch a. Berlin. Hr. Oekonom Bittner a. Elberfeld.

Deutsches Haus:

Hr. Oekonom Amort a. Streblinke. Hr. Gutsbes. Stenert a. Reichenberg. Die Hrn. Kaufleute Reincke a. Fülme, Kr. Münden, und Volkmann u. Gattin a. Berlin. Hr. Rentier Keller a. Schneidemühl. Hr. Rittergutsbesitzer Zetlitz a. Schlesien. Hr. Fabrikant Fleischauer a. Neisse. Hr. Techniker Hauptmann a. Stettin. Hr. Mühlenbesitzer Broje a. Posen.

Berliner Börse vom 15. Mai 1861.

	Zf.	Br.	Gld.
Pr. Freiwillige Anleihe	4½	102⅜	101⅞
Staats-Anleihe v. 1859	5	107	106½
Staats-Anleihen v. 1850,52,54,55,57,59	4½	102½	102
do. v. 1856	4½	102½	102
do. v. 1853	4	—	97
Staats-Schuldscheine	3½	88⅛	87⅝
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	121¼	120¼
Ostpreußische Pfandbriefe	3½	—	85¼
do. do.	4	95¾	95¼
Pommersche do.	3½	—	88¾
Pommersche Pfandbriefe	4	—	98⅞
Posensche do.	4	101⅜	100⅞
do. do.	3½	—	95
do. neue do.	4	91¾	91¼
Westpreußische do.	3½	—	84
do. do.	4	95½	95
Danziger Privatbank	4	90½	—
Königsberger do.	4	—	84
Magdeburger do.	4	—	78½
Posener do.	4	83¼	—
Pommersche Rentenbriefe	4	97⅞	97⅜
Posensche do.	4	94½	94
Preußische do.	4	97⅝	97
Preußische Bank-Antheil-Scheine	4½	—	123[illegible]
Oesterreich. Metalliques	5	—	49[illegible]
do. National-Anleihe	5	—	57[illegible]
do. Prämien-Anleihe	4	65½	64[illegible]
Polnische Schatz-Obligationen	4	80½	79[illegible]
do. Cert. L.-A.	5	93¾	92[illegible]
do. Pfandbriefe in Silber-Rubeln	4	85¾	—[illegible]

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig